

ERKLÄRUNG VON RIO DE JANEIRO

Wir, Nichtregierungsorganisationen aus der ganzen Welt, nationale und internationale Netzwerke und soziale Bewegungen, versammelt in Rio de Janeiro auf der Konferenz der Vereinten Nationen über Umwelt und Entwicklung sowie im Forum Global, bekräftigen hiermit unsere Verpflichtungen für die Zukunft:

Wir sind uns des Widerspruchs innerhalb des herrschenden Modells der Zivilisation bewußt, das, ungerecht und auf Dauer nicht aufrechterhaltbar, begründet wurde auf dem Mythos des unbegrenzten Wachstums und das keine Rücksicht nimmt auf die Begrenztheit der Erde.

Wir gehen deswegen davon aus, daß die Rettung des Planeten und seiner Völker die Ausarbeitung eines neuen Zivilisationsmodells erfordert, gegründet auf eine Ethik, die Begrenzungen bestimmt und begründet und dabei Umsicht, Respekt für Vielfalt, Solidarität, Gerechtigkeit und Freiheit zugrundelegt. Wir unterstreichen mit aller Radikalität die Unmöglichkeit einer "nachhaltigen Entwicklung", die sich nicht auch, gemeinsam mit den Ärmsten und den sozial Ausgeschlossenen selbst, dem Kampf gegen die Armut und gegen den Prozess der Verarmung verpflichtet.

2. Wir weisen energisch zurück, daß das Konzept der "nachhaltigen Entwicklung" auf eine rein ökonomische Kategorie reduziert wird, beschränkt auf neue Technologien und untergeordnet jedem neuen Produkt auf den Märkten. Dies zu erlauben, heißt die kontinuierliche Reproduktion struktureller Armut und strukturellen Reichtums zu verewigen, die aus dem von uns abgelehnten herrschenden Modell der Zivilisation resultiert.

Um zu ökologischen und sozial gerechten Gesellschaften gelangen zu können, bekräftigen wir, daß die reichen Länder die Pflicht haben, ihr Wachstum einzudämmen, anzuhalten, ja in Negativwachstum umzukehren, damit andere Länder ihr Recht in Anspruch nehmen können, würdige Lebensbedingungen für ihre Bevölkerung anzustreben und zu erreichen, bei voller Gewährleistung der bürgerlichen Rechte. Und was die Frauen anbetrifft, so ist die Garantie ihrer eigenen Kontrolle über ihr eigenes Leben die Voraussetzung aller Vorhaben, die Bevölkerung, Umwelt und Entwicklung betreffen.

3. Wir halten fest, daß die primäre Verantwortlichkeit für die Zerstörung des Planeten und die Armut größtenteils bei den Ländern der nördlichen Hemisphäre liegt, daß jedoch auch in der südlichen Welt Hälfte Regierungen, Unternehmen, internationale Konzerne, internationale Institutionen, Banken und die lokalen Eliten selbst, bei weitgehend passiver Toleranz seitens der Gesellschaften, sich in der Repro-

duktion des gleichen gescheiterten und nicht aufrechterhaltbaren Zivilisationsmodells vereinen.

Wir sind uns bewußt, daß die alten Nord-Süd-Beziehungen, gegründet auf Ungleichheit, Herrschaft, Ausbeutung und ungleichgewichtige Konfrontation, nicht weiter hinnehmbar sind. Dies stellt uns vor eine gemeinsame Herausforderung: an der Überwindung der Mechanismen zu arbeiten, die Ungerechtigkeit und Zerstörung verursachen, vereint mit den auf Veränderungen hoffenden Kräften der Gesellschaft gegen die, die die Aufrechterhaltung des Status Quo anstreben.

4. Der 'Weltgipfel' hat die Erwartungen enttäuscht, die er selbst für die Menschheit geschaffen hat. Er verblieb weithin in Abhängigkeit von den mächtigen herrschenden wirtschaftlichen Interessen und der immer noch bestimmenden Logik der Macht. Der Prozess der UNCED bewies, daß trotz der Rhetorik der Regierenden die Mehrheit der Regierungen nicht fähig war, die Stimmen der Nichtregierungsorganisationen und vor allem der internationalen Zivilgesellschaft zu vernehmen.

Es ist indes wichtig hervorzuheben, daß die Konferenz keineswegs ein totaler Mißerfolg war. Es gibt zwischen den Ländern differenzierte Positionen: in vielen Fällen haben Bürgerinitiativen und öffentliche Meinung die Positionen der Regierungen ein Stück weit nach vorn gebracht. Es gab einen bisher nicht erlebten Prozeß des Bewußtwerdens und der Gemeinsamkeit bei all denen, die in den verschiedenen Kontinenten gegen die Armut und für eine wirkliche Entwicklung kämpfen.

Für die zivile Gesellschaft verbleibt alles in allem ein positives Ergebnis: nach der Konferenz von Rio 1992 bleibt es für Regierungen und öffentliche Instanzen nicht länger möglich, über unsere Zukunft zu entscheiden, ohne unsere Stimme anzuhören. Gestützt auf dieses neue Bewußtsein und auf unsere Autonomie werden wir dafür streiten, daß Staaten, internationale Instanzen und die UNO selbst sich demokratisieren. Wir werden streiten für die aktive Beteiligung der Bürger an den verschiedenen Instrumenten der Entscheidungsfindung und der Kontrolle der politischen Umsetzung.

5. Wir verurteilen die Tatsache, daß sich die großen transnationalen Unternehmen im Zusammenspiel mit vielen Regierungen und öffentlichen internationalen Institutionen als ein Machtfaktor oberhalb der Nationen konstituieren und sich als Vorreiter nachhaltiger Entwicklung aufspielen. Es wird dringlich, wenn wir nicht die Einschränkung unserer Rechte als Staatsbürger und die Herabwürdigung der UNO in Kauf nehmen wollen, diesen Großunternehmen und dem sogenannten

freien Markt demokratische Kontrollmechanismen aufzuerlegen. Nur in dem Maße, in dem sie tatsächlich und in der Praxis Anstrengungen zur Überwindung des Konzepts unbegrenzten Wachstums beweisen, würden wir ihr heute lediglich vorgebliches Engagement in Richtung nachhaltiger Entwicklung als glaubwürdig ansehen können.

6. Was unsere eigenen Gesellschaften anbetrifft, sehen wir vor uns den langen Weg, der noch zurückzulegen ist. Diejenigen, die die Vorteile des ökonomischen Wachstums genießen, sind nicht bereit, ihren Konsum einzuschränken; diejenigen, die auf dieses Niveau aufsteigen wollen, unterstützen "Entwicklung" um jeden Preis; währenddessen haben viele nicht einmal die Möglichkeit, ihren Bedürfnissen Ausdruck zu geben, und leben unterhalb der minimal erforderlichen Lebensbedingungen.

Wir haben herausgefunden, daß eine nachhaltig überlebensfähige Gesellschaft sich ausgehend und von Gruppen, Gemeinschaften und Völkern und ihrer Lebenswirklichkeit erbaut. Daraus ergibt sich die Herausforderung, die "kleinen" Erfahrungen und Lösungsansätze anzuerkennen und sie zugleich auf die Ebene von Regionen, Ländern und bis auf globales Niveau hin zu transformieren.

Im Gegensatz zu den Vorschlägen, die Länder des Südens über ihre Märkte zu Blöcken zusammenzuschließen, schlagen wir als demokratische Alternative den Zusammenschluss ihrer Völker im Kampf um eine gemeinsame Zukunft vor, in der Gerechtigkeit und Demokratie verwirklicht werden.

Gerechtigkeit innerhalb jeder nationalen Gesellschaft und zwischen den Nationen bleibt unser Ziel. In vielen Städten und ländlichen Gebieten hat die Bevölkerung ihr Recht auf eine heile Umwelt bereits eingebüßt. Wir widersetzen uns mit aller Entschiedenheit der Tendenz, soziale Marginalisierung mit ökologischer Ausgrenzung zu verbinden.

7. In einer Welt voller vielfältiger Krisen, stehen wir in der Versuchung, uns innerhalb unserer ethnischen, kulturellen und religiösen Besonderheiten einzugeln, um der Bestimmung der wirtschaftlichen Macht über unsere Bedürfnisse und über unsere Zukunft sowie der bedrohlichen und weitreichenden politischen Machtballung zu entkommen. Unsere Aufgabe ist es jedoch, diese kulturelle, sprachliche, ethnische, geschlechtliche, institutionelle und politische Vielfalt als unseren eigentlichen Reichtum zu aktivieren.

Die größte vor uns liegende Herausforderung besteht darin, jetzt und unmittelbar Dynamik, Artikulation und Aktionen zu entfalten und zu verstärken, die auf

dem Hintergrund der Bedürfnisse unserer Völker die Perspektive eines gemeinsamen Zukunftsprojektes eröffnen können. Dafür ist ein qualitativer Sprung in Richtung auf mehr Bewußtheit, mehr Bildung, mehr Organisation und mehr Kommunikationsfähigkeit innerhalb der nationalen und internationalen Zivilgesellschaft vonnöten. Wir haben kein Recht, die Feier des 50sten Gründungstags der UNO abzuwarten, um dies Vorhaben in Wirklichkeit umzusetzen. Im Gegenteil, 1995 muß sehr wohl zu einer Bewertung alles dessen genutzt werden, was wir in diesen kommenden drei Jahren im Hinblick auf die vor uns liegenden Herausforderungen getan haben werden.

8. Von Umwelt und Entwicklung zu reden, heisst vom Leben in seiner Totalität zu reden, einer Totalität, die wir in diesen letzten Tagen mit einer Serie von Themen bearbeitet haben: Klima, Vielfalt der Lebenswelt, Wälder, Trockensteppen, Wüsten und Trockengebiete, Süßwasser und Ozeane, Giftmüll, Nuklearabfall, Energie, Fischerei, städtische Entwicklung, Arbeitsbedingungen in der Industrie, Landreform, nachhaltige Landwirtschaft, neue Technologien, Kommunikationssysteme, Armut, Gewalt in Städten und auf dem Land, Rassismus, Militarismus, Bevölkerungsfragen, der Komplex der indigenen Völker, Kinder und Jugendliche, Frauen, internationale Verschuldung, internationaler Handel, transnationale Konzerne, GATT, Weltwährungsfonds, Weltbank, globale Entscheidungsmechanismen und Umwelterziehung.

Unser Motiv war in diesen Diskussionen und bei der Ausarbeitung unserer Verpflichtungen unser Gefühl der Verantwortung für alle die, die wie wir für eine bessere Welt kämpfen, insbesondere für die unterdrückten und ihrem Schicksal überlassenen Völker. Wir bekräftigen unsere Verpflichtung, für sie und mit ihnen gemeinsam zu kämpfen. Und das heißt ebenso: die Umwelt und Natur zu verteidigen, die, wie diese Völker selbst, als Wegwerf - Ware benutzt wird. Dies ist unsere Verpflichtung an diesem Wendepunkt zur Zukunft, in dieser wunderbaren und verletzten Stadt Rio de Janeiro. *

Diese Erklärung wurde vom Forum der brasilianischen NGOs vorgelegt, in Absprache mit Third World Network, ANPED, Pacto de Acao Ecológica Latina-americano und ENDA-Tiers Monde. Sie wurde von allen anwesenden Organisationen auf dem "Internationalen Forum der NGOs und sozialen Bewegungen" angenommen.

Rio de Janeiro, 14. Juni 1992